Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 47 (1953)

Heft: 9

Artikel: Weltrundschau : Koreakrieg Nr. 2? ; Isoliertes Amerika ; Zerfall des Ostblocks? ; Italien - Frankreich ; Marokko - Persien ; Hitlers Revanche ; Flüchtlingsnot ; Beweggründe ; Wie weiter?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139809

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Koreakrieg Nr. 2? Der Waffenstillstand in *Korea* wird, soweit man bisher sieht, von beiden Seiten getreulich innegehalten. Die geschäftige Wichtigtuerei, mit der von Bern aus die Tätigkeit unserer schweizerischen «Kontrolleure» umgeben wird, ist zwar wenig sympathisch und leicht lächerlich; allein die Hauptsache ist ja, daß die Vertragsbedingungen genau ausgeführt und wieder einigermaßen normale Verhältnisse in dem so entsetzlich leidenden Land hergestellt werden. Und dann käme freilich alles darauf an, daß die *Politische Konferenz*, die in Bälde zusammentreten soll, das Werk des Waffenstillstandes ergänzen und krönen würde, das heißt, daß in Korea und in Ostasien überhaupt der Grund zu einem haltbaren Frieden gelegt würde.

Aber da sieht es bös aus. Es scheint sogar, daß die Politische Konferenz weniger eine Friedens- als eine *Kriegskonferenz* werden wird. Ganz bezeichnend waren dafür die Vorgänge, die sich um die Frage der Zulassung *Indiens* zu der Konferenz abgespielt haben. In Asien, Australien, Afrika und Europa ist man ganz überwiegend überzeugt, daß Indien einen heilsamen, vielleicht sogar rettenden Einfluß auf den Gang der Konferenzverhandlungen ausüben könnte. Dann nämlich, wenn man ernstlich eine Befriedung Ostasiens im Sinne hat. Die Linie, auf der vorgegangen werden müßte, wäre – wie die sehr maßvoll-liberale amerikanische «Worldover Press» vom 7. August schreibt – etwa die folgende:

«Angenommen, Rotchina könne veranlaßt werden, seine Truppen aus Korea zurückzuziehen, wenn es sicher wäre, daß Südkorea den Krieg nicht wiederaufnimmt; daß am Yalu eine schmale Pufferzone geschaffen und ein Vereinigtes Korea mit internationaler Gewährleistung entmilitarisiert und neutralisiert würde. Angenommen ferner, China werde nach einer Abkühlungszeit von sechs Monaten oder einem Jahr der UNO beitreten und so von innen her für die Erhaltung des Friedens verantwortlich werden. Dann würde das die Lage in Indochina entspannen und den Franzosen die von ihnen in wachsendem Maß gewünschte Möglichkeit geben, den dortigen Krieg zu beendigen. Japan aber, das vor einem Angriff von Korea aus sicher wäre, könnte die Aufrüstung vermeiden, die sein Volk nicht will, während die Furcht vor Japan den asiatischen Völkern keine Sorge mehr machen würde.»

Ein vernünftiges Mindestprogramm, wie man meinen sollte! Sein Fehler ist nur, daß davon weder die Regierung Südkoreas noch diejenige Nordamerikas etwas wissen will. Syngman Rhee und seine Leute sagen es jeden Tag, daß sie keine *Verständigung* mit den Kommunisten von Nordkorea und China wollen, sondern deren *Vernichtung*, und daß keine Macht der Welt sie daran hindern werde, nach dem selbstverständlichen Scheitern der Friedenskonferenz den Krieg nach Nordkorea zu tragen, wie sie das schon im Jahr 1950 gewollt hätten (bevor die Nordkoreaner ihnen zuvorkamen). In den Vereinigten Staaten aber hat

neuerdings diejenige Strömung Oberwasser bekommen, die – wie schon die Aktivistenpartei um MacArthur – von Korea aus China anpacken und damit dem ganzen Weltkommunismus einen tödlichen Stoß versetzen will. Es fiel darum der amerikanischen Regierung nicht schwer, dem südkoreanischen Diktator auf halbem Weg entgegenzukommen, einen «Verteidigungsvertrag» mit ihm abzuschließen, der amerikanische Truppen auf unbestimmte Zeit in Korea zu belassen erlaubt, der Beiziehung Indiens zur Konferenz den entschlossensten Widerstand zu leisten und sich alles vorzubehalten – insbesondere den Angriff auf die Mandschurei –, falls die Konferenz nach neunzig Tagen nicht die von Washington und Söul gewünschten Ergebnisse gebracht haben sollte.

Von einer Kapitulation des großen Amerika vor dem kleinen Syngman Rhee kann da wirklich keine Rede sein; die Linie des Gewalthabers von Söul ist vielmehr im Grund auch diejenige der Dulles, Radford, Knowland und Konsorten, für die es sich nur darum handelt, das allzu hitzige Draufgängertum der Südkoreaner, das die übrige «freie Welt» vor den Kopf stoßen könnte, etwas zu zügeln. Man sagt es darum auf amerikanischer Seite nicht gerade heraus, daß man mit den Kommunisten ebenfalls keine Verständigung haben *will*, sondern erklärt nur achselzuckend, daß man angesichts der Welteroberungspläne des Kommunismus an ein friedliches Zusammenleben mit ihm nicht *glaube*. Man tut aber gleichzeitig alles, um eine friedliche Verständigung auch nur über Korea von vornherein zu verhindern. Amerika hat es darum vor allem durchgesetzt, daß Indien *nicht* zu der Koreakonferenz zugelassen wird, obwohl eine einfache Mehrheit innerhalb der Vereinten Nationen *für* seine Zuziehung war (notwendig ist für solche Beschlüsse eine Zweidrittelsmehrheit). In Washington will man eben keinen mäßigenden, vermittelnden Einfluß einer Kraft, wie sie Indien darstellt. Man will keine Konferenz «am runden Tisch», sondern eine Verhandlung lediglich der beiden feindlichen Parteien, die sich Aug' in Auge gegenübersitzen und möglichst unversöhnlich aufeinander loshämmern sollen[1]. Die

[1] Sehr offenherzig sagen die «Detroit News» (30. August) in ihrem Leitartikel: «Die Frage ist, ob in unserer Welt noch Platz für Neutralität ist. Der amtliche amerikanische Standpunkt ist klar, daß dafür kein Platz mehr ist ... Wir sehen Indiens Neutralität im schlimmsten Fall als ein Mäntelchen für kommunistische Sympathien an, im besten Fall als Unschlüssigkeit, die bald die eine, bald die andere Seite zu begünstigen bereit ist. Dieses Schwanken sehen wir nicht als eigentliche Vermittlung zwischen zwei Extremen an, weil wir grundsätzlich jedes Zugeständnis an den kommunistischen Standpunkt als falsch erachten ... Wir glauben, daß letzten Endes eine Entscheidung im Kampf zwischen Freiheit und Sklaverei nicht umgangen werden kann, und daß der Versuch dazu uns nur der Katastrophe entgegentreibt. Neutralität ist bei einem bewaffneten Überfall nur eine schönklingende Bezeichnung für Kapitulation. Der unausweichliche Schluß aus dieser überzeugenden Beweisführung ist, daß der Krieg unvermeidlich ist.»

Soweit sind wir also! Im übrigen möge man sich besonders in der Schweiz diese amerikanische Auffassung merken, daß «in unserer Welt kein Platz mehr für Neutralität ist».

Gegensätze sollen mit voller Wucht aufeinanderprallen, damit am Ende der neunzig Tage diejenige Lage geschaffen sei, die es den Südkoreanern erlaube, ihre von Amerika jetzt glänzend ausgerüstete und ausgebildete Armee gegen Norden zu schicken. Amerika stünde dann vor der Wahl, den kleinen Verbündeten in seinem «Freiheitskampf» allein zu lassen und einer nordkoreanisch-chinesischen Übermacht preiszugeben oder aber, wie vor drei Jahren, erneut selber einzugreifen und diesmal von vornherein seine furchtbarsten Massenvernichtungswaffen auch gegen China einzusetzen. Ein Vorwand zum Eingreifen wäre sicher nicht schwer zu finden, zumal es gänzlich in der Hand Syngman Rhees läge, wie 1950 diejenige Darstellung von den Ereignissen zu geben, die Südkorea als unverschuldet Angegriffenen zeigen würde.

Isoliertes Amerika Der Eindruck, den das amerikanische Scharfmachertum, wie es unter Eisenhower und Dulles besonders offenbar geworden ist, auf die übrige Welt macht, kann nicht anders als beunruhigend sein. «Wir sahen früher», so sagte ein hervorragender Inder, «in den Vereinigten Staaten eine antiimperialistische Macht. Heute sehen wir, gleich wie der größte Teil Asiens, in ihnen ein herausforderndes, kriegslüsternes Land, das überzeugt ist, es könne die Freundschaft und Gefolgschaft anderer Nationen kaufen. Und doch verlangen die Vereinigten Staaten immer noch, wir sollten ihre selbstlosen, guten Absichten anerkennen.» (Nach Marc Gayn im «New Statesman», 29. August.) Ähnlich denkt man in der ganzen britischen Staatengemeinschaft. Insbesondere auch in England selbst, wo man die stolze, weltbeherrschende Stellung nicht vergessen hat, die Großbritannien nach seinem siegreichen Waffen- und Wirtschaftskampf mit Spanien, Holland, Frankreich und zuletzt Deutschland über ein Jahrhundert lang innegehabt hat. Im Zweiten Weltkrieg verlor es zwar seinen Rang an Amerika, von dem es wirtschaftlich und politisch in demütigender Weise abhängig wurde. Aber einmal ums andere suchte es doch eigene Wege zu gehen und lehnte sich gegen die amerikanische Führung auf. Es warnte – mit Erfolg – Truman vor MacArthurs Absicht, den Koreakrieg auf China auszudehnen. Es anerkannte die Chinesische Volksrepublik und begünstigte ihre Aufnahme in die UNO. Es wollte von Amerikas Plan, Francospanien in den Atlantikbund aufzunehmen, nichts wissen. Es hielt sich von dem Versuche fern, das gegenwärtige Westeuropa in einem Wirtschafts- und Militärbund zu einigen. Es hielt an der Notwendigkeit eines West-Ost-Handels fest und widersetzte sich einer Blockade Chinas. Und wenn auch Churchills Vorstoß zugunsten einer großen Konferenz mit der Sowjetunion vorerst von seinen eigenen Leuten durchkreuzt wurde, so hat die neueste amerikanische Koreapolitik die Entschlossenheit, sich von den Vereinigten Staaten nicht in ein halsbrecherisches Abenteuer schleppen zu lassen, in England doch nur weiter verstärkt.

Das offizielle Frankreich, das zu einem verächtlichen Satelliten der USA herabgesunken ist, bringt solche Unabhängigkeitsregungen – so schwach sie auch sein mögen – nicht mehr auf. Aber daß im französischen *Volke* die Scham und der Unwillen über die Abhängigkeit seiner regierenden Klasse von Amerika eher wächst als abnimmt, wird kaum bezweifelt werden können. Und auch seine Regierer dürften sich klar sein, daß das französische Kolonialreich rettungslos verloren wäre, wenn es zu einem neuen Krieg in Europa käme, so wie ja in diesem Fall auch Englands Kolonien und die britische Staatengemeinschaft in Stücke gingen.

«Die Amerikafeindschaft hat in Europa und Asien die Heftigkeit einer Epidemie angenommen», klagt der amerikanische Theologe Reinhold Niebuhr in einem Zeitschriftenartikel. Und aus der jüngsten Tagung der Vereinten Nationen wird berichtet, daß die moralische Isolierung der amerikanischen Delegation fortwährend zugenommen habe, so daß in den Vereinigten Staaten bereits eine organisierte Bewegung für den Austritt aus der UNO entstanden sei. «Wir machen es einfach selber, wenn die andern UNO-Mitglieder nicht mehr mit uns gehen wollen», ist in der Tat eine Losung, die in Amerika jetzt allen Ernstes ausgegeben wird. Und zwar auch von Männern in so verantwortlicher Stellung, wie es Senator Knowland ist, der neue republikanische Führer im Senat, der keine Ahnung davon zu haben scheint, daß Amerikas (und der Vereinten Nationen) Eingreifen in Korea von den asiatischen Völkern als anmaßende Einmischung in eine Entwicklung empfunden wird, die ausschließlich Sache der Asiaten selber sei und von den Amerikanern und Europäern mindestens nicht gehindert werden dürfe. Statt daß die «Polizeiaktion» zugunsten der kollektiven Friedenssicherung, als welche das militärische Eingreifen der UNO in Korea ausgegeben wurde, von den asiatischen Völkern allgemein begrüßt und unterstützt worden wäre, hat sie bei ihnen weit herum nur Mißtrauen, ja Ablehnung gefunden, zumal die hochmütige Behandlung, die den Koreanern *beider* Landeshälften durch die Amerikaner von Anfang an zuteil geworden ist, immer noch nicht aufgehört hat. Erst letzthin berichtete ein farbiger Amerikaner, William Worthy, daß die Militärspitäler für die Südkoreaner weit schlechter ausgestattet seien als diejenigen für die amerikanischen und andern UNO-Truppen. «Das Spital Nr. 36 (das nur für Südkoreaner bestimmt ist) hat 450 Betten, aber 700 Patienten ... Die Verpflegung war nicht nur mager, sondern ausgesprochen unappetitlich ... Kein einziger von den besser ausgebildeten westlichen Ärzten in Korea wird den koreanischen Armeespitälern auch nur leihweise überlassen oder als Berater oder Hausbewohner zugeteilt.» («New Statesman», 22. August.)

Dabei trieft die amerikanische Propaganda nur so von Humanitäts- und Moralphrasen. Außenminister Dulles – der ja auch im kirchlichen Leben der Vereinigten Staaten eine führende Stellung einnimmt – tut

sich dabei besonders hervor. «Ich möchte», so sagte er beispielsweise am 16. Juni dieses Jahres vor den Zöglingen einer Kriegsschule,

«ein paar Minuten von der Macht im materiellen Sinne reden, wie sie von unserem glänzenden Militärapparat dargestellt wird. Was ist der Zweck dieser Macht? Eine der besten Antworten auf diese Frage schreibt man dem Admiral Mahan zu. Er sagte, die Rolle der Macht bestehe darin, den moralischen Ideen Zeit zum Wurzelfassen zu geben ... Die große Schwäche der kommunistischen Lehre ist, daß sie die Moral leugnet ... Unsere Bundesverfassung und die Verfassungen unserer Einzelstaaten, unsere Gesetze und unsere Handlungen zeugen von diesem Glauben an ein uns überlegenes Wesen, das seine eigenen Gesetze aufgestellt hat ... Da wir zuerst nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit getrachtet haben, so sind uns überdies noch zahlreiche materielle Güter geschenkt worden.»

Nimmt es da noch wunder, wenn die «heidnischen» Asiaten und «gottlosen» Kommunisten dem westlichen Pharisäerchristentum nicht mehr viel Glauben schenken?

Zerfall des Ostblocks! Man tröstet sich nun freilich im Westen über die Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten gern mit dem Hinweis hinweg, daß auch der *Ostblock* nicht nur bedenkliche Risse zeige, sondern bereits im Zerfall begriffen sei und besonders in den vergangenen Wochen und Monaten einen Schlag um den andern erlitten habe. Man glaubt feststellen zu können, die Kommunisten hätten «mit dem Sturz Mossadeghs und mit der Absetzung des Sultans von Marokko auf dem internationalen Schachbrett einen doppelten Verlust erlitten, der ihnen unverkennbare Enttäuschung bereitet» («NZZ» Nr. 1919). Man erhofft von den ostdeutschen Unruhen eine weitere Erschütterung des ganzen kommunistischen Gefüges und legt die wirtschaftlichen Lockerungen im Innern der osteuropäischen Volksrepubliken und die Friedensbemühungen der Sowjetunion als deutliche Schwächezeichen aus. Man ist befriedigt, daß in Italien wieder eine «starke» konservative Regierung am Ruder und die große Streikbewegung in Frankreich gescheitert sei. Und man ist natürlich besonders hocherfreut, daß der «triumphale Sieg» der Regierung Adenauer bei den westdeutschen Bundestagswahlen die westliche «Freiheitsfront» mächtig gestärkt habe. Wie steht es mit all diesen Dingen?

Die Hintergründe der jüngsten Wandlungen in der Sowjetpolitik werden vorderhand kaum zweifelsfrei aufgehellt werden. Viel spricht immerhin für die Richtigkeit der Analyse, die Isaak Deutscher in seinem neuen Buch «Rußland – was nun?» gibt. Deutscher, dessen große Stalinbiographie uns so wertvolle Einsichten erschlossen hat, glaubt, die Stalinsche Periode der «Revolution in einem einzigen Land» und die zugehörige Abkapselung der Sowjetunion von der übrigen Welt sei nun endgültig abgeschlossen. Der Kommunismus herrsche ja jetzt in einem Drittel der Erde, und es gelte daher nun, den politischen Aufbau und

die ganze Lebensweise der Sowjetunion zu modernisieren, sie dem Stande der weit fortgeschrittenen Industrialisierung anzupassen, das Polizeiregime abzubauen (Deutscher schrieb das *vor* dem Sturz Berias), alle Anlässe zu Konflikten mit dem Ausland nach Möglichkeit auszuschalten und in der Kommunistischen Partei so etwas wie eine «demokratische Erneuerung» durchzuführen.

Wie dem aber auch sei: ein Schwäche- oder gar Zersetzungszeichen ist die Umstellung der Sowjetpolitik nicht – eher das Gegenteil. Die *wirtschaftliche* Grundlage des Sowjetregimes ist auf alle Fälle nicht nur unerschüttert geblieben, sondern in der letzten Zeit offenkundig solider geworden. Das stellt auch die von den Vereinten Nationen zu Beginn dieses Jahres veröffentlichte «Übersicht über die europäische Wirtschaft seit dem Krieg» fest. In dem Abschnitt über den sowjetischen Wirtschaftsplan für 1951 bis 1955 heißt es zum Beispiel:

«Die Erzeugung gewisser wichtiger Industriegüter in der Sowjetunion ist nunmehr mit derjenigen in sieben westeuropäischen Ländern vergleichbar geworden, die zusammen etwa die gleiche Bevölkerung aufweisen ... Die Erzeugung von Kohle, Elektrizität und Stahl in der Sowjetunion ist ungefähr halb so groß wie in Westeuropa und steigt in viel schnellerem Tempo, als man das für Westeuropa erwarten kann ... Es liegen Anzeichen vor, daß, wenn das gegenwärtige Tempo des Fortschrittes anhält, bis Ende dieses Jahrzehntes die Herstellung und der Verbrauch wichtiger industrieller Rohstoffe in der Sowjetunion diejenige in den sieben meistindustrialisierten Ländern Westeuropas erreichen oder übertreffen wird.»

Ähnlich stellt der englische Nationalökonom Professor Balogh im «New Statesman» (15. August) fest, daß die jüngste Preissenkung in der Sowjetunion die Lebenshaltung um 10 bis 15 Prozent gehoben hat. «Nach den harten Jahren des Wiederaufbaus», so fährt er fort,

«hatte das Sowjetvolk zum mindesten ein Gleichgewicht zwischen Erweiterung des Wirtschaftsapparates und Verbrauch erreicht. Auch ohne Herabsetzung des Maßes der Produktionserweiterung, wie sie jetzt angeordnet ist, konnte es mit einer jährlichen Hebung der Lebenshaltung um 8 bis 10 Prozent rechnen. Was bedeutete diese Wandlung der Sowjetpolitik? Sie wurde vorgenommen, als die russische Stahlerzeugung nur 31 Millionen Tonnen im Jahr betrug gegen 51 in Westeuropa und über 100 Millionen in den Vereinigten Staaten und die Energieerzeugung Rußlands im Vergleich zum Ausland noch ungünstiger stand. Im Verein mit der jüngsten diplomatischen Schwenkung der Sowjetunion ist der Beschluß, die Kapitalanlagen – und damit die Rüstungsproduktion – zu kürzen, eine weitere bedeutungsvolle Tatsache.»

Professor Balogh glaubt, daß die Gesamterzeugung der sowjetischen Wirtschaft um 6 bis 9 Prozent alljährlich steige, diejenige von Fertigwaren sogar um 9 bis 11 Prozent.

«Rußland», so sagt er voraus, «wird sich in einem Jahrzehnt einer *absoluten* wirtschaftlichen Übermacht über Westeuropa erfreuen, wenn man sich in den westlichen Industrieländern nicht energisch aufrafft. Und nicht nur das; es sieht so aus, als würden im Jahre 1955 die russischen Verbrauchszahlen für Weizen, Kartoffeln und Fette pro Kopf höher sein als der tatsächliche Verbrauch in Frankreich im Jahre 1951. Für die meisten Nahrungsmittel ist der Verbrauch in Rußland je Kopf wahr-

scheinlich *bereits* höher als der Durchschnittsverbrauch in Italien ... Die Annäherung des russischen Verbrauchs an die tatsächliche westeuropäische Lebenshaltung geht erstaunlich rasch vor sich, wenn man bedenkt, wie abgründig tief sein Ausgangsniveau lag ... Der Verbrauch in Rußland, der aus geschichtlichen Gründen jämmerlich niedrig war, beginnt jetzt eine erträgliche Höhe zu erreichen. Der Verbrauch in Westeuropa hingegen ist je Kopf in den letzten zwanzig Jahren nicht wesentlich gestiegen.»

Sieht das etwa nach einer Zersetzung der Sowjetmacht und ihres wirtschaftlichen Unterbaues aus?

Was die andern kommunistischen Länder Osteuropas betrifft, so war die Lage in den letzten Jahren durch die Notwendigkeit gekennzeichnet, für die rasch wachsende Bevölkerung der Städte und der andern Industriegebiete Nahrung zu beschaffen. Das war natürlich eine schwierige Aufgabe, und es nimmt kaum wunder, daß sie nicht befriedigend gelöst werden konnte, daß zeitweise eine Verknappung der Lebensmittel eintrat, daß die Preise stiegen, die Reallöhne sanken und an die Arbeitsleistung erhöhte Ansprüche gestellt wurden. Aber es scheint, als würden die hier gemachten Fehler jetzt wieder gutgemacht; der neue Kurs in *Ostdeutschland*, über den wir im letzten Heft berichteten, weist deutlich darauf hin, ebenso beispielsweise die kürzliche starke Preissenkung in *Ungarn*.

Nur fragt es sich eben immer, ob die Länder des Sowjetblocks genügend Zeit haben, um ihre Wirtschaft ohne Störung von außen zu entwickeln und durch Fehlleistungen und Experimentieren hindurch ihren Weg zu finden. Denn nichts kann ja für die kapitalistische und feudal-konservative Welt bedrohlicher sein als die Aussicht, daß im normalen Lauf der Dinge die kommunistischen Länder schon in naher Zukunft eine Höhe der Lebenshaltung erreichen werden, die derjenigen in Westeuropa – wenn man nicht gerade an die Schweiz oder an Skandinavien denkt – nicht mehr viel nachstünde. So ist es denn auch vom westmächtlichen Standpunkt aus durchaus begreiflich, wenn jetzt, nachdem die Ausnützung der Arbeiterrevolte in Ostdeutschland zum Sturz des ganzen Regimes der DDR mißlungen ist, die Versuche weitergeführt werden, durch die Gratisabgabe von Lebensmittelpaketen Stimmung für den Westen zu machen. Die Hoffnungen, die auf diese Aktion gesetzt werden, fliegen recht hoch. Der Berliner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung», der immer wieder die Paketempfänger ausfragt, glaubt sogar feststellen zu können, daß «der Umschwung in der Stimmung der ostdeutschen Bevölkerung, der am 17. Juni begann, nun vollständig ist. Die Arbeiter sind selbstbewußt, und sie erklären, es müsse offenbar noch einen zweiten 17. Juni geben, sonst werde man das bestehende Regime nicht los. Die Arbeiterschaft in den großen Industriebetrieben sei zu einem zweiten Aufstand bereit, und sie habe sich im stillen organisiert. Es wäre jedoch notwendig, daß bei einer neuen Revolte auch die Bauern mitmachten.» («NZZ» Nr. 1957.)

Was alles von westdeutscher und westmächtlicher Seite aus geschieht, um diese «neue Revolte» auch zum Erfolg zu führen, kann man sich ungefähr vorstellen. Schon am 17. Juni scheint es nahe daran gewesen zu sein, daß die westalliierten Streitkräfte in Ostberlin in aller Form eingriffen. Wenigstens berichtet der Westberliner Vertreter der «World-over Press», Henry Holm (10. Juli):

«Als man in Westberlin eine Massengegenkundgebung hart an der Grenzlinie plante, war der amerikanische Kommandant einverstanden. Der französische Kommandant hingegen, der im Juni die alliierten Streitkräfte befehligte, glaubte, eine solche Aktion könne plötzlich Gewalttätigkeiten in derartig großem Maßstab auslösen, daß alles passieren könne, sogar der Ausbruch eines dritten Weltkrieges. Mit Unterstützung seines britischen Kollegen überstimmte er den amerikanischen Kommandanten, und so erging der Befehl, die Kundgebung nicht zu erlauben. Immerhin forderte ein wie man glaubt amerikanischer Lautsprecherwagen die Westberliner, welche die Grenzlinie überschritten, auf, Läden anzuzünden und zu zerstören.»

Wessen wird man sich erst bei dem ersehnten «neuen 17. Juni» zu versehen haben? Das deutsche Problem droht akut kritisch zu werden!

Italien – Frankreich Aber werfen wir zunächst noch einen Blick auf die andern Länder, in denen die Machtstellung des Westblocks gestärkt worden sei und der Kommunismus Enttäuschungen erlitten habe. Gehört dazu wirklich auch *Italien*? Man möchte das Gegenteil annehmen. Mit De Gasperi ist, wie bereits in der letzten Weltrundschau gesagt wurde, eine Hauptstütze der amerikanischen Politik in Europa gefallen. Und sein Nachfolger Pella darf es nicht wagen, offen gegen die sozialistisch-kommunistische Linke zu regieren oder sie gar zu einer Machtprobe herauszufordern. Dafür ist sie bereits viel zu stark geworden, haben doch insbesondere die Kommunisten nun auch in Süditalien, Sardinien und Sizilien bei den jüngsten Wahlen ihre Stimmkraft wesentlich verstärkt, in Sizilien zum Beispiel von 7,9 auf 21,8 Prozent, in Sardinien von 12,5 auf 21,2 Prozent, in Campanien von 7,4 auf 19,5 Prozent usw.[2] Über eine vorsichtige Annäherung an die Monarchisten und Neufaschisten darf Pella vorderhand nicht hinausgehen. Dafür schlägt er jetzt wacker Kapital aus dem neu aufgeflammten Streit um Triest. Allein wenn es auch richtig ist, daß die Jugoslawen keine Ruhe geben wollen, bevor das Hinterland der großen, italienisch besiedelten Hafenstadt am Ostufer der Adria ihnen *ganz* zugesprochen ist (bis jetzt ist ja nur die Zone B jugoslawisch verwaltet, ohne förmlich annektiert zu sein, während die Zone A von den Engländern und

[2] Es spiegelt sich darin eben die chronische Massennot. Der kürzlich veröffentlichte Bericht eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses stellt in der Tat fest, daß 11,2 Prozent aller italienischen Familien «auf dem tiefsten Lebensniveau» stehen, daß fast der vierte Teil der Bevölkerung keine angemessenen Wohnräume hat und 92 000 Familien sogar in Baracken und Höhlen hausen. 869 000 Familien sehen kein Fleisch, keinen Zucker, keinen Wein auf dem Tisch.

Amerikanern besetzt ist), so ist es zum mindesten fraglich, ob mit einer neuen Aufpeitschung des italienischen Nationalismus der Linken groß Abbruch getan werden kann. Für jeden Einsatz Italiens im militärischen Machtkampf gegen den Ostblock aber bedeutet sein Konflikt mit Jugoslawien nur eine kaum zu überwindende Hemmung. Amerika muß sich jetzt im Mittelmeerraum schon an andere Helfer halten, in erster Linie an Spanien.

Und *Frankreich*? Die Genugtuung aller konservativen Kräfte im Westen – auch in der Schweiz – über die «gescheiterte Streikbewegung» und den «Sieg der Ordnungsmächte» in Frankreich ist mehr als kurzsichtig. Daß ein so umfassender und langdauernder Arbeitskampf – der größte seit Kriegsende – derart elementar ausbrechen konnte, und zwar ausgelöst von den nichtkommunistischen Gewerkschaften, ist schon allein ein Zeichen für die tiefe soziale Unrast, von der das französische Volk erfüllt ist. Die Ursachen braucht man auch nicht weit zu suchen. Die französische Wirtschaft – die an und für sich so günstige Bedingungen für Ausgeglichenheit und Ergiebigkeit böte – ist krank. Die industrielle Produktion stockt seit mindestens einem halben Jahr fast ganz, obwohl alljährlich etwa ein Fünftel des Volkseinkommens auf ihre Erneuerung und Erweiterung verwendet wird. Die Landwirtschaft verfällt mehr und mehr; immer neue Scharen von Menschen wandern vom Land in die Städte ab, und die Lebensmittel steigen fast unaufhaltsam im Preis. Die Inflation verdrängt die französischen Industriewaren zusehends vom Weltmarkt. Die Staatsfinanzen aber treiben geradezu dem Bankerott entgegen, auch wenn jetzt 40 Prozent der Kosten des Indochinakrieges von den Vereinigten Staaten getragen werden; der Fehlbetrag im Budget beläuft sich heute auf über 8 Milliarden Schweizer Franken, derjenige der Rechnung mit der Europäischen Zahlungsunion ist noch höher. Da aber die Steuerscheu des Bürgertums wie der Bauernschaft in Frankreich den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben auf dem normalen Weg unmöglich macht, suchte die Regierung des Textilindustriellen Laniel, hinter der, wie regelmäßig hinter allen Kabinetten seit der Rechtsschwenkung von 1947, das kapitalistische Großbürgertum steht, die Staatsfinanzen auf Kosten der Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe und nationalisierten Industrien zu sanieren.

Die Antwort war der improvisierte Streik[3]. Infolge der Unklarheit in der Zielsetzung und der Uneinigkeit in der Führung – die sozialdemokratischen und katholischen Gewerkschaften fürchteten den wachsenden Einfluß der CGT, des großen kommunistischen Gewerkschaftsbundes – wurde er zwar abgebrochen, ohne daß die Regierung über allgemeine Versprechungen und wenig bedeutende Milderungen ihres ursprünglichen Sanierungsprogramms hinausgegangen wäre. Aber die

[3] Nur nebenbei sei gefragt, wie die französische Arbeiterschaft reagieren würde, wenn die *Kriegsgefahr* brennend würde. Die Herrschenden sind gewarnt!

Bewegung kann beim erstbesten Anlaß neu ausbrechen – und dann ist alles möglich. Es kann zu einer *revolutionären Erhebung* kommen; auch im konservativen «Monde» (8. September) wird festgestellt, daß die wichtigste Erscheinung während der Streikwochen «das Erwachen der Arbeiterklasse ist, die sich auf einmal wieder ihres politischen Einflusses bewußt geworden ist». Dabei seien die radikaleren Elemente offenkundig gekräftigt worden:

«Die CGT, die rechtzeitig den Befehl zur Wiederaufnahme der Arbeit gegeben hat..., sieht ihr Ansehen merklich erhöht... In den Bergwerken, beim Gas und bei der Elektrizität hat die Haltung der CGT von einem Ende zum andern den Verlauf des Streiks bestimmt. Bei den Eisenbahnen und der PTT hat sie den Weisungen der Force Ouvrière (sozialdemokratisch) und der CFTC (katholisch) wirksam entgegengearbeitet... Eine der Hauptwirkungen des Streiks ist, daß es immer schwieriger wird, die CGT auszuschalten, wie man es bisher sowohl auf seiten der Regierung wie bei den meisten paritätischen Verhandlungen gemacht hat.»

Es kann aber auch zunächst zu einer verschärft *gegenrevolutionären* Aktion kommen. Bereits spricht man von Marschall Juin, dem gegenwärtigen Oberkommandanten der Landstreitkräfte der Atlantikpakt-Organisation, als dem «starken Mann», der die drohende Volkserhebung niederzuhalten habe, vielleicht vom Elysée aus, dem Sitz des Staatspräsidenten, in das ihn als Nachfolger Auriols schon manche einziehen sehen...

Marokko – Persien Marschall Juin hat auch in den *marokkanischen* Dingen eine unheilvolle Rolle gespielt. Selbst in Afrika geboren und von ehrgeizigem, gewalttätigem Charakter, hat er seit 1947 – als in Frankreich unter amerikanischem Druck die kapitalistisch-konservative Reaktion wieder ans Ruder kam – Marokko als Hochkommissar durchaus im Interesse der französischen Siedler – der Großgrundbesitzer, Bergwerksgesellschaften und industriellen Unternehmer – regiert. Sein Gegenspieler war der Sultan, der die Partei der marokkanischen Unabhängigkeitsbewegung ergriffen hatte und dem französischen Kolonialismus einen zähen, listenreichen Widerstand leistete. Juin schuf darum, im Verein mit den hinter ihm stehenden Interessengruppen, seinerseits eine Opposition gegen den Sultan, zusammengesetzt aus den rückständigsten und korruptesten Elementen des Protektorats und angeführt von dem alten Pascha von Marrakesch, El Glaoui, einer der übelsten Figuren im öffentlichen Leben Marokkos. Ein erster Versuch, den Sultan abzusetzen, scheiterte im Dezember 1951 dank rechtzeitigem Eingreifen der fortschrittlichen Kräfte in Frankreich und im Ausland. Juin selbst wurde abberufen, fuhr aber von Paris aus fort, seine Ränke zu spinnen, mehr und mehr unterstützt von seinem Nachfolger, General Guillaume, der zuerst versucht hatte, eine etwas liberalere Politik zu betreiben.

Die französische Regierung war kurzsichtig und willenlos genug, um den Dingen freien Lauf zu lassen, zumal die Nutznießer des nordafrikanischen Kolonialismus in der Pariser Nationalversammlung über eine Gruppe von mindestens 40 Abgeordneten verfügen, die imstande sind, jede Regierung der Rechten zu stürzen, die nicht bedingungslos Order pariert. So konnte ein neuer, wohlvorbereiteter Schlag gegen den Sultan im verflossenen August gelingen und der Sultan zuerst seiner religiösen Befugnisse entkleidet und dann seines Thrones beraubt und verbannt werden. Sein Nachfolger, Mohammed ben Arafa, ist eine Puppe in den Händen der Verwaltung und der Siedler – aber die Unabhängigkeitsbewegung ist alles andere eher als erstickt. Sie wird aus dem Gewaltstreich der Kolonialisten erst recht Kraft schöpfen und zu gegebener Zeit neu aufbrechen. Nein, Marokko ist durch die Absetzung des Sultans keine Stütze der alten Weltordnung geworden, sondern bleibt eine nur vorläufig zugedeckte Bruchstelle, die mit dem Einsturz eines ganzen Hauptflügels des überall rissigen Kolonialgebäudes droht.

Auch mit dem jüngsten Staatsstreich in *Persien* gewinnt die «freie» Welt nicht sehr viel. Gewiß, Mossadegh hatte sich zum Vorkämpfer der nationalen Erhebung gegen den britischen Imperialismus gemacht und sich auch den Amerikanern gegenüber, die immer wieder vermitteln wollten, gänzlich unträtabel gezeigt. Wenn also – wie behauptet wird – die Vereinigten Staaten mitintrigiert hätten, um ihn zu stürzen, so wäre das keinesfalls überraschend und entspräche im übrigen auch der alten Überlieferung ausländischer Einmischung in die Angelegenheiten des persischen Pufferstaates. Ob aber gerade General Zahedi, der Vertrauensmann der gewalttätigsten Reaktion, der – nebenbei – im Krieg der Mittelpunkt der deutschen Wühlarbeit gegen die britische Besetzungsmacht war, der Mann ist, der mit den ihm prompt bewilligten Dollarmillionen nicht nur die zerrüttete Volks- und Staatswirtschaft wiederaufzurichten vermag, sondern auch die große soziale Reform, ja Revolution durchzuführen gewillt ist, auf die es in Persien vor allen Dingen ankommt, das ist mehr als zweifelhaft; es ist völlig ausgeschlossen. Mossadegh hat hier ja ebenfalls versagt, ganz begreiflicherweise, hat er doch den Fremdenhaß vor allem darum entfacht, weil er darin ein Mittel sah, um das Volk von der Selbstbefreiung aus seiner himmelschreienden Not und Verwahrlosung abzulenken. Nicht der letzte Grund seines Sturzes ist es denn auch, daß die stark kommunistisch beeinflußte Tudehpartei, die etwelche Hoffnungen auf Mossadegh gesetzt hatte, ihn enttäuscht fallen ließ, als die Gegenkräfte unter Zahedi wider ihn vorstießen. Daß zum Lohn dafür die Tudeh – die lebendigste und am besten organisierte politische Bewegung Irans – von den neuen Herren jetzt fast gänzlich unterdrückt ist, löst auf die Dauer keine der Schwierigkeiten, mit denen das unglückliche Land ringt. Und wenn man gar glaubt, die Sache, mit der in Asien die Sowjetunion gleichgesetzt

wird – die Befreiung der Volksmassen von feudaler und imperialer Ausbeutung –, habe durch die Vorschiebung einer Figur wie Zahedi einen mehr als vorübergehenden Rückschlag erfahren, so muß man für alle *wirklichen* Notwendigkeiten Persiens einfach blind sein.

Hitlers Revanche Aber nun der *Wahlsieg der westdeutschen Regierung* und ihres Kanzlers Adenauer? Der ist wirklich ein machtpolitischer Gewinn der Vereinigten Staaten und ihrer Sache. «Der Triumph Adenauers ist zugleich auch ein Triumph der Politik Eisenhowers und Dulles'», telegraphiert der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung». Und derjenige der «Tribune de Genève»:

> «Präsident Eisenhower hat in Deutschland zwei Siege erfochten: zuerst hat er das Reich mit Hilfe der Russen besiegt, und jetzt triumphiert er über diese dank Adenauer ... Die ganze Frage wird hier (in Washington) als russisch-amerikanische Kraftprobe betrachtet, und die Amerikaner feiern die Wahlerfolge Adenauers, wie wenn sie diese selbst errungen hätten.»

Das ist deutlich. Amerika hat tatsächlich allen Grund, mit den Westdeutschen höchst zufrieden zu sein, die sich so wuchtig zu seinen Zielen und Ideen bekannt haben. Innenpolitisch: indem sie die Wiederherstellung des schwer erschüttert aus dem Krieg hervorgegangenen Kapitalismus («soziale Marktwirtschaft» sagt man in Bonn) dankbar anerkannten – trotz den ein bis zwei Millionen Arbeitslosen, den zehn Millionen ganz Verarmten und den fünf Millionen fehlenden Wohnungen, die die Kehrseite des «deutschen Wirtschaftswunders» bilden. Außenpolitisch: indem sie in der Bundesrepublik alle Hindernisse für die Wiederaufrüstung, den Anschluß an den Westblock und die Führung einer «aktiven» Politik gegen den Osten aus dem Wege räumten.

Und darin liegt wirklich die Bedeutung der westdeutschen Wahlen: die Westdeutschen haben die Gelegenheit benützt, um ihren Willen zur Wiederaufrichtung der alten deutschen Macht und Herrlichkeit zu bekunden – so wie sie es schon nach dem ersten Zusammenbruch der Reichsmacht in so sensationeller Weise durch ihre Stimmabgabe für Hitler getan haben. Der Durchschnittsdeutsche sah und sieht in Adenauer den konsequentesten Vorkämpfer dieser Politik nationaler Wiederaufrichtung. Er leugnet innerlich den Spruch der Geschichte über die deutsche Machtpolitik der letzten achtzig Jahre (um nicht weiter zurückzugehen). Er verdrängt aus seinem Bewußtsein jedes Gefühl der Schuld gegenüber den andern Völkern, auch gegenüber den ermordeten sechs Millionen Juden. Er anerkennt nicht, daß es Deutschland war, das die zwei Weltkriege entfesselt hat, und daß die Opfer seiner Angriffe das Recht und die Pflicht haben, Deutschland die Möglichkeit zu einem dritten «Germanenzug» zu nehmen. Er will einfach «Gleichberechtigung» – das heißt volle Freiheit, wieder eine nationale Wehrmacht auf-

zubauen und damit anfangen zu können, was «Deutschland nützt». Und warum sollte er *nicht*? Indem die Westmächte unter Führung Amerikas Deutschland zur Zerschlagung des Ostblocks einsetzen und ihm planmäßig, bis zur endgültigen Freilassung aller Kriegsverbrecher, seine moralische Rehabilitierung bescheinigen, tun sie ja alles, um dem Westdeutschen die Überzeugung beizubringen: «Hitler hat eben doch recht gehabt!»

All das hat seinen Ausdruck in der überwältigenden Stimmabgabe für die Politik Adenauers gefunden. Jener Westberliner Chauffeur, der dem Korrespondenten des «Daily Express», Sefton Delmer, gegenüber meinte: «Jetzt können wir bald wieder nach Rußland ziehen – aber diesmal müssen wir sie richtig ausrotten», sprach nur aus, was Millionen von Deutschen denken und wünschen. Und wenn die Offiziellen treuherzig versichern, die «Befreiung» Ostdeutschlands und die Zurückgewinnung der verlorenen Gebiete jenseits der Oder und Neiße müßten «selbstverständlich» auf friedlichem Wege geschehen, so weiß doch jedermann, was der wirkliche Zweck der westdeutschen Aufrüstung ist. Del Vayo sagt es in der New Yorker «Nation» (15. August) neuerdings klar: «Seit der Reichsgründung war die Sendung der deutschen Armee nicht lediglich die Verteidigung der bestehenden Grenzen, sondern ihre Ausdehnung. Es wäre wirklich naiv, wollte man erwarten, daß ein zwischen Saar und Oder/Neiße eingeschlossenes Deutschland die Waffen, die man ihm gibt, zum Kampfe für die Grundsätze benütze, die demokratische Amerikaner verkünden.»

«Man kehrt bedrückt aus Deutschland nach Hause zurück», schrieb ich im Juli/August-Heft. Und die «Adenauer-Wahlen» haben nur allzusehr bestätigt, was ich damals über den westdeutschen Geisteszustand bemerkte. *Der deutsche Nationalismus und Militarismus hat wieder freie Bahn – und Hitler seine Revanche. Das* ist das Ergebnis der gepriesenen «freien Wahlen», die man auch in Ostdeutschland durchdrücken will! Es *gibt* keine freien Wahlen, keine Volksherrschaft auf dem Boden des heutigen Kapitalismus und Imperialismus – nur Volks*verführung* durch die Inhaber der wirtschaftlichen und politischen Macht. Und die westdeutsche Kapitalistenklasse, kräftig unterstützt durch die römische Kirche und (schon seit Jahren) durch die Vereinigten Staaten, hat sich die Zurüstung ihres Propagandaapparates ja auch wirklich etwas kosten lassen. Aber es hat sich gelohnt . . .

Eine besonders klägliche Rolle hat bei all dem die westdeutsche *Sozialdemokratie* gespielt. Sie will Oppositionspartei sein und leistet auch der demagogischen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung tatsächlich erfreulichen Widerstand. In der Außenpolitik aber, die jetzt durchaus den Vorrang hat, vertritt sie alle wesentlichen Positionen der Regierungsparteien: Sturer Antikommunismus, ausgesprochen amerikanische

Einstellung[4], Ablehnung jeglicher Verständigung mit der ostdeutschen Regierung, Kampf für die Niederlegung der Oder/Neiße-Grenze usf. Wie soll man da ihre vorläufige Ablehnung der Verträge von Bonn und Paris und ihr Begehren nach einem Gespräch mit den Russen ernst nehmen, zumal wenn sie so unsicher und halbherzig vorgebracht werden, wie das im Wahlkampf der Fall war? Mit solch gebrochener Haltung führt man keinen politischen Umschwung herbei! Da stimmen der Wähler und die Wählerin lieber gleich für Adenauer. Und doch hätte die deutsche Sozialdemokratie die besten Aussichten gehabt, ans Ruder zu kommen, wenn sie vor zwei, drei Jahren, als in Westdeutschland die Wiederaufrüstung noch ganz unpopulär war, angefangen hätte, die verhängsnisvolle Politik der «Restaurierer» rückhaltlos zu bekämpfen. Jetzt erleidet sie ein ähnliches Schicksal wie die britische Labourpartei, die nach Kriegsende auch eine glänzende Chance hatte, ein sozialistisches England aufzubauen, sie aber – nach anfänglichem Erfolg – wieder verlor und der Reaktion wieder zur Macht verhalf, weil sie unter Bevin und Attlee weithin einfach konservative Außenpolitik trieb. Nur daß die Folgen des sozialdemokratischen Versagens in Deutschland viel schlimmer sein werden als in England. Um so trauriger, wenn sich Sozialdemokraten – auch in der Schweiz – damit trösten, daß Adenauers Sieg wenigstens die *Kommunisten* aus dem Parlament entfernt habe. Charakter scheint in der Politik immer seltener zu werden! Aber vielleicht werden die Sozialdemokraten aus eigenen harten Erfahrungen doch noch lernen, daß der Antikommunismus, dem sie jetzt so hemmungslos huldigen, nicht bei der «Erledigung» der Kommunisten stehen bleibt. Bereits schicken sich die Sieger des 6. September an, die Sozialdemokraten aus ihren bisherigen Machtstellungen in den Bundesländern und Gemeinden wie insbesondere im Gewerkschaftsbund zu verdrängen. Der «trockene» Faschismus macht in Westdeutschland rasche Fortschritte!

Flüchtlingsnot Zu den Hauptträgern des Revanchegedankens in Westdeutschland gehören begreiflicherweise die Millionen von Flüchtlingen aus den *ehemals deutschbesiedelten Ostgebieten:* Schlesien, Pommern, West- und Ostpreußen, Westpolen, Sudetenland usw. Diese Volksgruppen waren zwar, soweit sie außerhalb der deutschen Grenzen lebten, überwiegend ein Pfahl im Fleisch ihrer «Wirts-

[4] An einer Pressekonferenz in Westberlin sagte der sozialdemokratische Parteipräsident Ollenhauer am 14. August, die deutschen Sozialdemokraten seien nach wie vor positiv zu den Vereinigten Staaten von Amerika eingestellt. Sie hätten nicht vergessen, was die stärkste Macht der freien Welt seit dem Krieg für das deutsche Volk getan habe. Das deutsche Volk sei auch durch die Übereinstimmung in den Grundideen mit dem Volk und mit der Demokratie in den USA verbunden («NZZ» Nr. 1870). Kein Gedanke bei diesem «Sozialisten» daran, daß Amerika heute die Vormacht des Weltkapitalismus ist, in dem die furchtbarsten Kriegskräfte aufgespeichert liegen!

völker» und haben im Falle der Sudetendeutschen sogar wesentlich zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges beigetragen. Aber die Art und Weise, wie sie nach Kriegsende ausgetrieben wurden, war unmenschlich und hat den Regierungen, die dafür verantwortlich sind, unauslöschlichen Haß eingetragen. Nur – wie will man die Vertriebenen zurückführen, ohne die neuangesiedelten Polen, Tschechen, Russen usw. mit neuer Gewalt und Unmenschlichkeit zu vertreiben? Ein zweites Unrecht macht das erste nicht wieder gut! Und wäre die Entfesselung eines dritten Weltkrieges nicht die *endgültige* Katastrophe gerade für die Gebiete jenseits der Oder/Neiße-Grenze? In der Tat: der Aussicht auf einen neuen Krieg – und ohne Kriegsrisiko kann die Politik der Zurückgewinnung der ehemals deutschen Ostgebiete nicht weitergetrieben werden – ist der jetzige Zustand unendlich weit vorzuziehen. Dies um so mehr, als die allermeisten Altflüchtlinge, von den alleinstehenden Arbeitsunfähigen abgesehen, in das Wirtschaftsleben West- und Ostdeutschlands inzwischen durchaus befriedigend eingegliedert sind und in normalen, ja oft guten bis sehr guten Verhältnissen leben. Man hört von den Eingesessenen auf Schritt und Tritt sogar wohlbegründete Klagen über ungerechte Bevorzugung der Flüchtlinge, die sich in ihrem «Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten» eine politische Druckorganisation geschaffen haben, mit der alle Parteien aufs ernsthafteste rechnen und unter deren Einfluß diese Flüchtlinge vielfach geradezu verhätschelt werden.

Nun ist aber in den letzten Jahren eine neue Art Ostflüchtlinge entstanden: diejenigen Menschen, die aus dem Gebiete der *ostdeutschen Republik* nach dem Westen fliehen. Und *diese* Flüchtlinge stellen mit ihrer Not ein ungleich schwierigeres Problem dar als die mehr oder weniger seßhaft gewordenen Altflüchtlinge. Sie sind in verschiedenen, aufeinanderfolgenden Wellen herübergekommen. Vom 1. Januar 1949 bis Ende Januar 1952 haben sich in Westberlin, dem ersten Zufluchtshafen, rund 197 000 Personen aus Ostdeutschland gemeldet. Dabei kamen auf je einen Selbständigen drei Beamte und Angestellte und vier Arbeiter. Am 4. Februar 1952 begann ein neues Aufnahmeverfahren. Bis zum 31. Dezember 1952 wurden etwa 113 000 Flüchtlinge in Westberlin gezählt, davon 25 000 Kinder. Auf einen Selbständigen entfielen jetzt zwei Beamte oder Angestellte und vier Arbeiter. Im Dezember 1952 waren 40 Prozent aller Flüchtlinge Angehörige der ostdeutschen Massenorganisationen: Freie Deutsche Jugend, Deutscher Gewerkschaftsbund, Demokratischer Frauenbund usw.

Mit Beginn des laufenden Jahres flutete eine neue, gewaltig verstärkte Welle herüber. Nach einer Aufstellung von Regina Bohne in den «Frankfurter Heften», die sich auf amtliches Material stützt, stieg dabei der Anteil der selbständigen Bauern in den beiden ersten Monaten um 11 Prozent. Mitte März betrug die Gesamtzahl der aus Ostdeutsch-

land geflüchteten Bauern 18 000. Dazu kommen noch rund 14 000 Arbeiter und Angestellte land- und forstwirtschaftlicher Betriebe. Dagegen ist der Anteil der Jugendlichen auf 10 Prozent gefallen.

Nach der Junirevolte änderte sich die Zusammensetzung des Flüchtlingsstromes abermals. Es waren vor allem politische Flüchtlinge, die in Westberlin um Asyl nachsuchten, bis Ende Juli (nach der «Neuen Zürcher Zeitung» Nr. 1758) über 4000, meistens Arbeiter. Der Anteil der Bauern und Gewerbetreibenden ist stark gesunken. Insgesamt seien im Juni 13 000 Arbeiter aus der Deutschen Demokratischen Republik nach Westberlin geflüchtet, und im Juli würden es nicht weniger sein. Dabei sei zu beachten, daß viele Angehörige des Mittelstandes nach dem Kriege gezwungen worden seien, ihr Brot als Arbeiter zu verdienen.

Das Los all dieser Flüchtlinge ist schwer, oft fast verzweifelt. Ich besuchte im Juli dieses Jahres eines der größten Durchgangslager Westdeutschlands. Es war in Ulm a. D. in einer geräumigen, sauberen Kaserne errichtet, die normalerweise Platz für 1800 Menschen hat, damals aber etwa 3800 Personen beherbergte. Und immer kamen noch neue Flüchtlinge an, während die «alten» nur langsam in Bezirkslager und dergleichen abflossen. Die Massenquartiere waren meistens anständig, aber eben furchtbar überfüllt; in kleinen Zimmern waren es oft sechs Schlafstellen, in größeren Räumen bis zu zwanzig. Die Neuankömmlinge kampierten auf dem Estrich direkt unter dem Dach auf primitiven Lagern, aber doch guten Muts. Die Kost war ausreichend und gut. Auch für Unterhaltung ist durch eine Bibliothek, Kino usw. einigermaßen gesorgt; der Kinderhort und die sorgsame ärztliche Betreuung werden besonders geschätzt. Alle wollen sie nur recht schnell weiter – aber wie lang mag es gehen, bis es so weit ist? Und was für ein Schicksal wartet dann auf sie? Es ist ein trauriger, beklemmender Anblick, der sich einem in solchem Lager bietet – und das ist nur ein ganz kleiner Ausschnitt aus der Gesamtwirklichkeit!

Beweggründe Nun aber: Warum sind all diese armen Menschen geflohen? Warum haben sie ihre Heimat, ihren Wirkungsort, ihr ganzes bisheriges Leben verlassen, um im Westen einer völlig ungewissen Zukunft entgegenzugehen? Man macht sich die Antwort viel zu leicht, wenn man, wie ich es in Ostdeutschland von Kommunisten gelegentlich hörte, behauptet, es handle sich bei den Flüchtlingen eben meistens um Asoziale, um ganz bürgerlich-antirevolutionär eingestellte Menschen, die sich in ihrem alten Egoismus und Individualismus eben nicht an ein sozialistisch ausgerichtetes Leben gewöhnen wollten, ja vielfach sogar um eigentlich Kriminelle, die «irgend etwas auszufressen» gehabt hätten. Was diese letzte Gruppe betrifft, so darf man wohl der Verfasserin des erwähnten Aufsatzes in den «Frankfurter Heften» recht geben, wenn sie meint:

«Durch den am gesamten Aufnahmeverfahren mitwirkenden Westberliner Erkennungsdienst werden echte Kriminelle sofort gestellt und abgesondert. Freilich ist zu bedenken, daß in der sowjetisch besetzten Zone eine Tendenz besteht, die Grenze zwischen politischen Gegnern und wirklichen Kriminellen zu verwischen. Für die Praktiker in den 14 Stationen, die jeder Geflüchtete bis zu seinem endgültigen Aufnahme- oder Ablehnungsbescheid zu durchlaufen hat, stellen sich hier oft schwierige Probleme; sie lassen sich nur mit großer Sachkenntnis der ostzonalen Gesetze und Rechtsprechung von Fall zu Fall gerecht lösen.»

Vor dem 17. Juni dieses Jahres waren die *politischen* Flüchtlinge sehr in der Minderheit – von den oben erwähnten 197 000 (zwischen 1949 und 1952) nur 75 000. «Das waren also», wie Regina Bohne schreibt,

«jene Menschen, die eine ‚drohende Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit' im Sinne des Gesetzes glaubhaft nachweisen konnten. Die Masse der Flüchtlinge von 1952 und der vergangenen drei Monate kann sich bestenfalls auf den erweiterten Passus des Notaufnahmegesetzes: „... oder aus sonstigen zwingenden Gründen' berufen. Der Anteil echter politischer Flüchtlinge ... beträgt jetzt (Frühjahr 1953. H. K.) nur noch 3 bis 5 v. H.»

Was waren dann also die Fluchtmotive der andern? Ich habe in Ostdeutschland selbst wie im Lager Ulm nach diesen Motiven geforscht, kann aber aus den Auskünften, die ich von einem doch sehr begrenzten Kreis von Menschen bekam, keine allgemeinen Schlüsse ziehen. Es seien daher nur ein paar wohl typische Einzelfälle herausgegriffen:

1. Großbauer aus dem Oderbruch mit früher 30 Hektaren Boden. Hatte ein zu hohes Ablieferungssoll, bekam zu wenig Viehfutter und hatte dann auch noch die Schweineseuche im Stall. Folge: Unmöglichkeit, die geforderte Fleisch- und Milchmenge abzuliefern. Die Behörde nahm ihm ein Stück Vieh ums andere weg; sein Angebot, er wolle dem Staat das halbe Gut schenken, wurde abgelehnt und dann ein Verfahren wegen Wirtschaftssabotage gegen ihn eingeleitet. Durch die Flucht rettete er sich wohl vor jahrelangem Zuchthaus.

2. Arbeiter und Pferdebesorger in einem Kleinbetrieb in Sachsen. Beschwerte sich anläßlich einer Inspektion des Betriebes durch eine auswärtige Kontrollstelle über gewisse Mißstände. Wurde fristlos entlassen und vom Unternehmer mit «Weiterungen» wegen reaktionärer Umtriebe bedroht, so daß er mit Verhaftung rechnen mußte. Entzog sich allen «Weiterungen» durch die Flucht.

3. Chauffeur aus Leipzig. Hatte einen Flüchtling nach Westberlin geführt, wobei er entdeckt wurde. Ein Kollege war wegen des gleichen Vergehens zu mehrjährigem Zuchthaus verurteilt worden, weshalb er es vorzog, sofort aus der Deutschen Demokratischen Republik zu verschwinden.

4. Technischer Angestellter aus Apolda. War Mitglied der ostdeutschen Freien Demokratischen Partei und wurde als Gegner des

Regimes verdächtigt. Nach Lage der Dinge mußte er auf Verhaftung und Verurteilung gefaßt sein; floh im letzten Augenblick nach Westberlin.

5. Bankbeamter in Ostberlin. Äußerte wiederholt Bedenken gegen die Art und Weise, wie gewissen Personen und Unternehmungen Kredite gewährt wurden, und machte sich dadurch «oben» verdächtig. Wurde von befreundeter Seite vor bevorstehender Verhaftung gewarnt; am gleichen Tag schon drang die Polizei in die Bank ein, und der Mann konnte nur noch durch ein Abortfenster entfliehen. Frau und Kind ließ er nach Westberlin nachkommen.

Sozusagen sämtliche Flüchtlinge, die ich befragte, machten einen gediegenen, redlichen Eindruck. Verschiedene zeigten mir ihre Papiere, wie sie von den Westberliner Aufnahme- und Prüfungsstellen ausgestellt werden, mit sorgfältiger Beschreibung des Tatbestandes. Der Refrain war immer: «Lieber ein paar Monate im Lager als jahrelang im Zuchthaus. Ruiniert sind wir ja auf jeden Fall.»

Besonders tragisch erscheint einem immer das Schicksal der Bauern (und Gewerbetreibenden), die ihre ganze wirtschaftliche Existenz aufgeben, wenn sie sich zur Flucht entschließen. Aber wie Regina Bohne in den «Frankfurter Heften» wohl zutreffend sagt:

> «Der seit Jahrhunderten überkommene und scheinbar festgefügte Begriff vom Eigentum am Boden hat sich mehr und mehr gelockert. Diesen bäuerlichen Menschen ist (um Jahre später als zum Beispiel den Großstädtern) bewußt geworden, daß das Eigentumsverhältnis äußerst labil geworden ist. So bedurfte es nur immer erneuter Anstöße in Gestalt immer stärkerer Übergriffe in ihre Rechte, um ihnen den letzten inneren Halt auszuhöhlen, den sie jeden Morgen wieder durch das äußerlich unzerstörbare Bild ihres Hofes, ihrer Ställe, ihres Landes gewannen.»

Bei den selbständigen Gewerbetreibenden – nicht zu reden von den eigentlichen kapitalistischen Unternehmern – vollzog sich dieser Vorgang oft noch schneller, da ihre Betriebsform als mit dem neuen Regime *grundsätzlich* unvereinbar erklärt wurde, was bei den Bauern nicht der Fall ist; die Kollektivisierung der Landwirtschaft stand ja erst in den Anfängen. Wieweit der im Juni dieses Jahres eingeschlagene neue wirtschaftspolitische Kurs an dieser ganzen Sachlage etwas geändert hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Wohl sind schon zahlreiche eingezogene Bauerngüter und Gewerbebetriebe ihren früheren Besitzern zurückgegeben worden; aber die Frage ist, ob die Lockerung wirklich von Dauer ist. Diejenigen Flüchtlinge, mit denen ich sprach, glauben jedenfalls nicht daran.

Bei den besitzlosen Arbeitern, deren proletarisiertes Dasein die Bindung an Boden, Heimat und Familie weithin ohnehin verloren hat, waren vor den Juniereignissen die Fluchtgründe wesentlich anderer Art als bei den selbständig Erwerbenden: übermäßiges Leistungssoll, Abbau

gewisser Sozialleistungen, Aufhebung des Streikrechtes, verschärfte Überwachung in den Betrieben usw. Viele von ihnen fanden einen neuen Sinn in den berühmten Schlußworten des Kommunistischen Manifestes: «Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen» – und suchten diese Welt im Westen. Ob sie sie auch finden, ist eine andere Frage. Die «wunderbare» Wirtschaftslage in der Bonner Republik läßt uns zweifeln. Bezeichnend ist auf jeden Fall, daß schon im vergangenen Frühjahr etwa die Hälfte aller Ostflüchtlinge Arbeiter waren. Nach dem 17. Juni war, wie schon bemerkt, ihr Anteil noch höher.

Intellektuelle flüchten jetzt eher weniger als früher. «Ihre Hauptabwanderungszeit

lag zwischen 1945 und 1948/49. Außerdem sind Ärzte und Ingenieure, Chemiker und Physiker im allgemeinen einem geringeren politischen Druck ausgesetzt, weil sie dringend gebraucht werden, so lange wenigstens, bis eine ‚neue', eine kommunistische Intelligenzschicht herangewachsen ist. Beachtlich ist dagegen die Zahl der (zu Beginn dieses Jahres) geflüchteten Anwälte, Richter, Hochschullehrer und Lehrer. Besonders Lehrer und Hochschullehrer stehen ja unter der ständigen Kontrolle ihrer eigenen Schüler und Studenten. Das zwischen ihnen bestehende (oder zumindest doch anzustrebende) Vertrauensverhältnis wird durch Zwang zu Verstellung und Lüge besonders starken Belastungen ausgesetzt.» (R. Bohne.)

Wie weiter! Wie all die *neuen* Ostflüchtlinge versorgt werden sollen, ist bei der Millionenarbeitslosigkeit in der Bonner Republik rätselhaft. Besonders grotesk wirkt es daher, daß auch diejenigen Flüchtlinge, die – wenigstens zeitweise – Arbeit finden *könnten*, sie zum Teil verschmähen. Ich habe darüber nicht wenige Klagen gehört. Auch in der Presse wird darüber diskutiert. Hier ein paar Stellen aus dem «Evangelischen Gemeindeblatt für Württemberg» vom 19. Juli:

«Haben sich nicht sehr viele Heimatvertriebene sämtliche Türen zu den Herzen etwa unserer bäuerlichen Menschen dadurch verschlossen, daß viele von ihnen sich von den Steuergeldern der hart arbeitenden Menschen einfach verhalten lassen, ohne selbst da mit Hand anzulegen, wo etwa alte Bauersfrauen sich buchstäblich zu Tode rackern müssen, nur um die Steuern herauszuwirtschaften . . .? Seitdem mir eine eben erst aus der (Ost-) Zone eingewiesene Frau ganz offen erklärt hat, daß sie im Lager Leute getroffen habe, die nur in der Hoffnung nach dem Westen gegangen seien, in den Genuß des westdeutschen Wohlfahrtsstaates zu kommen, ist es mir eine Frage geworden, ob nicht viele darum in der Zone ihre Stellung räumen, weil es bequem ist, im Westen von den Wohlfahrtsunterstützungen zu leben.»

Ein anderer Einsender schreibt:

«Der Inhaber eines Gasthauses ging in ein Lager, um dort eine Hilfe für die Küche seines Gasthauses zu holen. Er bot gutes Gehalt sowie freie Kost und Wohnung. In dem vollbelegten Massenlager der Flüchtlinge war keine einzige weibliche Hilfskraft bereit, die Stelle anzunehmen. Ebenfalls in dieses Lager ging ein Bauer und bot 100 DM Monatsgehalt netto neben freier Kost und Wohnung für einen Knecht. Der Bauer wurde ausgelacht.»

Ich selbst hörte von einem Coiffeur, der sein Geschäft frisch anstreichen lassen wollte und ins Lager ging, um einen Mann dafür zu finden. Die einzige Antwort, die er bekam, war: «Wir sind nicht hier, um zu arbeiten.»

Natürlich darf man solche Fälle nicht verallgemeinern. Auch ist Tatsache, daß manche Leute in den Lagern einfach *billige Arbeitskräfte* suchen, also Lohndrücker. Aber daß so mancher Flüchtling im Westen nur schwer an die Arbeit zu bringen ist, scheint mir erwiesen und wirft ein schlechtes Licht auf die Fluchtgründe eines Teils der «freiheitsdurstigen» Ostbewohner.

Eine schwere Last für Westdeutschland sind auch die *nichtanerkannten* Flüchtlinge in den Berliner «Stammlagern». Ihre Zahl belief sich schon im vergangenen März auf mehr als 120 000, von denen nur etwa 300 als Arbeitskräfte vermittelt werden konnten. Ob der Ruf nach internationaler Hilfe – etwa durch die Flüchtlingskommission der UNO – Gehör findet, bleibt abzuwarten. Inzwischen wächst die Not all dieser Menschen mehr und mehr an, ob sie nun – durch unnötige und unberechtigte Flucht aus der Deutschen Demokratischen Republik – von ihnen selbst verschuldet wurde oder nicht. Um so unverantwortlicher ist es, die Spannung zwischen Ost- und Westdeutschland vom Westen her immer noch weiter zu verschärfen und Gewalt«lösungen» anzustreben, die aus Deutschland nur ein zweites, vergrößertes Korea machen könnten, ganz Mitteleuropa in den Zusammenbruch hineinreißend. Alle guten Geister müssen zusammenhelfen, um dem zu wehren und Deutschland so lange unter scharfer internationaler Kontrolle zu halten, bis es bewiesen hat, daß der Ungeist, der es zweimal einen Weltkrieg entfesseln hieß, wirklich abgestorben ist. Mag man in Deutschland mit nationalen Phrasen noch so laut gegen solche «Bevormundung» aufbegehren und nach «Gleichberechtigung» und «voller Souveränität» rufen – wir sehen keinen andern Weg, um Europa vor einem neuen Krieg zu bewahren. Es ist höchste Zeit, ihn mit Festigkeit und Klarblick zu gehen!

12. September. *Hugo Kramer.*